

Antrag 259/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 240/I/2025 (Konsens)****Gewalthilfe für alle! – Gewalthilfegesetz auf queere Betroffene ausweiten!**

- 1 Wir fordern die Erweiterung des Gewalthilfegesetzes (Ge-
2 wHG) oder auch „Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem
3 bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt“ um
4 trans*, inter* und nicht-binäre Personen (TIN*) und damit
5 die umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention. Das
6 Gesetz muss schnellstmöglich nachgebessert und die ex-
7 plizite Inklusion queerer Menschen sichergestellt werden.
8
- 9 Zu diesem Zweck fordern wir die Überarbeitung des §2
10 „Begriffsbestimmungen“, der „geschlechtsspezifische Ge-
11 walt“ im Sinne des Gesetzes als „Gewalt an Frauen“ defi-
12 niert. Diese Definition greift zu kurz! Sie muss ausgewei-
13 tet und um trans*, inter* und nicht-binäre Betroffene er-
14 gänzt werden, damit auch diese angemessenen Gewalt-
15 schutz erfahren! Eine Möglichkeit wäre, die Formulierung
16 des ursprünglichen Gesetzentwurfs wieder aufzugreifen
17 und §2 „Begriffsbestimmungen“ wie folgt anzupassen:
18
- 19 „(1) Geschlechtsspezifische Gewalt im Sinne dieses Geset-
20 zes ist jede körperliche, sexuelle, psychische oder wirt-
21 schaftliche Gewalthandlung durch eine oder mehrere Per-
22 sonen, die sich gegen eine Person aufgrund ihres Ge-
23 schlechts oder ihrer Geschlechtsidentität richtet und zu
24 Schaden oder Leiden führt oder führen kann.
25
- 26 (2) Häusliche Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist je-
27 de körperliche, sexuelle, psychische oder wirtschaftliche
28 Gewalthandlung gegen eine Person aufgrund ihres Ge-
29 schlechts oder ihrer Geschlechtsidentität [...] oder durch
30 sonstige im Haushalt der gewaltbetroffenen Person le-
31 bende Personen. Ein fester Wohnsitz der gewaltbetrof-
32 fenen Person oder eine feste Haushaltszugehörigkeit ist
33 nicht erforderlich.
34
- 35 (3) Gewaltbetroffene Personen im Sinne dieses Gesetzes
36 sind Personen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer
37 Geschlechtsidentität geschlechtsspezifische Gewalt oder
38 häusliche Gewalt erlitten haben, erleiden oder hiervon be-
39 droht sind [...].“
40
- 41 Zudem müssen alle weiteren Anpassungen des Gesetzes
42 veranlasst werden, die notwendig sind, um TIN*Personen
43 umfassend in die vorgesehenen Maßnahmen des Geset-
44 zes zu integrieren bzw. um ihren Ausschluss zu verhin-
45 dern. Die Bedarfe von TIN*Personen müssen im Gesetz an-
46 gemessen berücksichtigt und wieder aufgenommen wer-
47 den.

48

49 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
50 dazu auf, sich für die Anpassung der Gesetzeslage einzu-
51 setzen.

52

53 **Begründung**

54 Das am 28. Februar 2025 in Kraft getretene Gewalthilfe-
55 gesetz (GewHG) ergreift dringend erforderliche Maßnah-
56 men zur Prävention und zum Schutz von Frauen vor häus-
57 licher Gewalt und setzt damit Forderungen der Istanbul-
58 Konvention um. Es führt einen Rechtsanspruch ab 2032
59 auf Beratung und Schutz vor Gewalt ein und stärkt mit
60 einem Etat von 2,6 Milliarden Euro beginnend mit 2027
61 bis 2036 bundesweit Frauenhäuser und Beratungsstellen.
62 Wir begrüßen die angekündigten zusätzlichen Ressour-
63 cen und die in Aussicht gestellte bessere Finanzierung für
64 die Schutz- und Beratungsangebote. Das Gesetz stellt ei-
65 nen entscheidenden Schritt für den Schutz von Gewalt-
66 opfern geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt dar.
67 Das Gesetz hat jedoch einen zentralen Mangel, es umfasst
68 explizit nur Frauen und Kinder als schutzbedürftige Perso-
69 nen und schließt trans*, inter* und nicht-binäre Personen
70 (TIN*) aus.

71 In einem früheren Gesetzesentwurf waren TIN*Personen
72 in die Gewaltschutzmaßnahmen und den Rechtsanspruch
73 integriert, indem die Definition von geschlechtsspezifi-
74 scher Gewalt alle Personen umfasste, die aufgrund ihres
75 Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität Gewalt erfah-
76 ren. Sie wurden jedoch auf Drängen der CDU aus dem Ent-
77 wurf gestrichen. Die CDU wollte sogar erwirken, dass der
78 Ausschluss von TIN*Personen aus den aufgeführten Maß-
79 nahmen im Gesetz schriftlich festgehalten wird. Sie ha-
80 ben in ihrem Vorgehen die Rechte von Frauen und queeren
81 Menschen gegeneinander ausgespielt. Die Streichung von
82 TIN*Personen aus dem ursprünglichen Gesetzesentwurf
83 und die Verabschiedung des Gesetzes in der nun vorlie-
84 genden Form sendet jedoch ein fatales Zeichen, nämlich
85 dass der Gewaltschutz von TIN*Personen weniger wichtig,
86 weniger dringend ist. Das Gesetz hierarchisiert Gewaltop-
87 fer und stellt sie gegeneinander. Eine solche Hierarchisie-
88 rung von Betroffenen können wir nicht mittragen!

89 Zudem setzt das Gesetz in seiner aktuellen Form die
90 Istanbul-Konvention nicht zufriedenstellend um. Nach
91 dieser heißt es in Artikel 3 (3): „(...) Der Begriff ‚Geschlecht‘
92 [bezeichnet] die gesellschaftlich geprägten Rollen, Ver-
93 haltensweisen, Tätigkeiten und Merkmale, die eine be-
94 stimmte Gesellschaft als für Frauen und Männer ange-
95 messen ansieht.“. Die Istanbul-Konvention bezieht sich
96 folglich ganz explizit nicht auf das biologische Geschlecht
97 als Kriterium, sondern auf das soziale, also „Gender“. Un-
98 ter Artikel 4 (3) heißt es weiter: „Die Durchführung dieses
99 Übereinkommens durch die Vertragsparteien, insbeson-
100 dere von Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Opfer,

101 ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des biolo-
102 gischen oder sozialen Geschlechts, (...), der sexuellen Aus-
103 richtung, der Geschlechtsidentität, (...) sicherzustellen.“
104 Zudem erkennt die Istanbul-Konvention z.B. „transsexuel-
105 le“ Menschen ausdrücklich als „besonders schutzbedürf-
106 tig“ an. Dieser besonderen Schutzbedürftigkeit wird das
107 Gewalthilfegesetz nicht gerecht! Das ist nicht bedarfsge-
108 recht!
109 Gerade angesichts steigender Übergriffe, Hasskriminali-
110 tät und Gewalt gegen TIN*Personen müssen entsprechen-
111 de Maßnahmen getroffen und die Betroffenen besser un-
112 terstützt und geschützt werden. Es mangelt schon jetzt
113 an Ressourcen, die Bedarfe queerer Menschen sind im
114 Hilfesystem oft nicht angemessen berücksichtigt und die
115 Strukturen sind auch in diesem Bereich der Gewaltschutz-
116 arbeit mehr als unzureichend. Eine Verweigerung der ge-
117 setzlichen Regelung des Gewaltschutzes für queere Men-
118 schen, einhergehend mit einem entsprechenden Rechts-
119 anspruch auf Beratung und Schutz, verlagert die Verant-
120 wortung für den Gewaltschutz queerer Menschen auf
121 die einzelnen Einrichtungen, welche die Hilfeleistung für
122 queere Menschen auch heute bereits häufig als Selbst-
123 verständlichkeit ansehen. Es liegt schon jetzt im Ermes-
124 sen der Schutzeinrichtungen bei allen hilfesuchenden Per-
125 sonen im Rahmen von Einzelfallprüfungen über akutes
126 Schutzbedürfnis, Möglichkeiten und Aufnahmen zu ent-
127 scheiden.
128